

B V D A

Bundesverband Deutscher Apotheker e.V.

Borsigallee 21, 60388 Frankfurt Tel.: 069-312464 – Telefax 069-313335

PRESSEMELDUNG

Chance für konstruktive Neuausrichtung der Gesundheitspolitik

(Frankfurt, 28.09.2009) Als Chance für eine Neuausrichtung der Gesundheitspolitik bewertet der Bundesverband Deutscher Apotheker (BVDA) den Ausgang der Bundestagswahl. "In der Großen Koalition haben wir eine Gesundheitspolitik erleben und erleiden müssen, die im Kern falsch und einseitig kassenorientiert war", so der Verbandsvizepräsident Apotheker Thomas Hieble. "Das Zusammenwirken zahlreicher dirigistischer Steuerungsmechanismen einerseits und kaum umsetzbarer Arzneimittelrabattverträge andererseits hat die Apothekerschaft über die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit hinaus belastet. Von der neuen Bundesregierung erhoffen wir uns eine Politik, welche von den Bürgerinnen und Bürgern verstanden und akzeptiert wird und insbesondere die Apothekerschaft von unsinnigem bürokratischem Müll und unklar formulierten Gesetzestexten, wie beispielsweise die Auslegungen der Indikationsgleichheit bei Rabattarzneimitteln, befreit.

Dieses Ziel könne allerdings nur erreicht werden, wenn beispielsweise die Arzneimittelpreise transparent, nachvollziehbar sind und für alle Leistungserbringer sinnvolle Sparpotentiale enthalten. Hierzu erarbeite der BVDA mit weiteren Gesundheitsorganisationen, im Rahmen der Netzwerkpartnerschaft bei IHN-International Health Network GmbH, ein Positionspapier mit geeigneten Rahmenbedingungen für die Politik.

So sollte, unter geänderten Rahmenbedingungen wieder ein marktwirtschaftlich ausgelegter Wettbewerb unter den Pharmazeutischen Herstellern stattfinden können, unter Berücksichtigung, dass die GKV-Kassen auf Dauer hohe Einsparpotentiale erzielen müssen. Bei entsprechenden Rahmenbedingungen wäre denkbar, dass eine weitestgehende Zuzahlungsbefreiung für die Versicherten erreichbar wäre. Weiterhin solle es möglich sein, seitens der Pharmaindustrie erforderliche Ressourcen bereit zu stellen, um auch zukünftig die GKV-Versicherten mit allen medizinisch notwendigen Arzneimitteln zu versorgen, und gleichzeitig auch am medizinisch-pharmazeutischen Fortschritt uneingeschränkt teilnehmen zu können.

Nun liege es an den neu gewählten Gesundheitspolitikern und der neuen Bundesregierung das Gesprächsangebot, welches der BVDA ausdrücklich wiederholt, anzunehmen und schnellstens in Gespräche einzutreten.